

# Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

Morgen, am 18. 11. 2021, soll die aktualisierte 14. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) vom Gemeinderat beschlossen werden, danach kann die Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung beginnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen, so heißt es im Beschlussvorschlag der Verwaltung, über die allgemeinen Ziele im Rahmen einer Auftaktveranstaltung voraussichtlich im Januar 2022 informiert werden.

Die Initiative *Nachhaltige Ortsentwicklung Hohenbrunn* ist froh und dankbar, dass nach Intervention des BUND Naturschutz und aufgrund zahlreicher Wortmeldungen aus der Bürgerschaft ein Umdenken stattgefunden hat. Der Gemeinderat nimmt inzwischen Abstand von dem Bau einer neuen Ortsverbindungsstraße, der Überplanung und Nutzung der Sukzessionsfläche und einer zusätzlichen Wohnbebauung westlich der Hohenbrunner Straße.

Durch die Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche (Schulgelände) wird die im bisherigen FNP vorgesehene Wohnbaufläche zwangsläufig kleiner – kein Problem angesichts der großen freien Entwicklungsflächen südlich der B471. Dennoch will man anscheinend einen gewissen Ausgleich schaffen: Die ursprünglich für einen Bauhof vorgesehene Fläche und Grünflächen werden dem Wohngebiet zugeschlagen. Der Grundeigentümer und Investor erhält also zusätzlich zum angemessenen Kaufpreis für das Schulgelände eine Flächenkompensation zu Lasten einer aufgelockerten Bebauung und einer den Dorfcharakter erhaltenden Ortsrandgestaltung.

Der aktuelle Planungsstand ist zweifellos eine Verbesserung gegenüber den Flächennutzungsideen, die dem Aufstellungsbeschluss vom 20.05.2021 zugrunde lagen. Dennoch bleiben viele offene Fragen. Oder sind dies Fragen, die nun ausschließlich in nicht öffentlichen Sitzungen weiter verfolgt werden? Hohenbrunner Bürger\*innen wollen dazu nicht nur im Nachhinein informiert werden, sie wollen sich einbringen und in die Diskussion einbezogen werden. Wir fragen uns zum Beispiel:

- **Warum werden die Sportanlagen nicht direkt auf dem Schulgelände geplant?** Ein Sportplatz so nahe an der stark frequentierten Autobahn wird mit erheblichen Immissionen belastet. Und die Querung der Hohenbrunner Straße zur Erreichung des Sportplatzes ist für Schülergruppen gefährlich.
- **Wo bestehen Reserveflächen für eine mögliche Schulerweiterung?** Die Erfahrung zeigt, dass Schulen oft schon nach wenigen Jahren einen entsprechenden Anpassungsbedarf haben.
- **Warum ist der offensichtlich bereits sehr konkret geplante Sportplatz (mit Zufahrt, Parkplatz, ggf. Umkleide und Sanitarräumen) nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanänderung?**
- **Warum werden Biotop- und Sukzessionsfläche im Flächennutzungsplan nicht so dargestellt, wie es den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht?** Die Sukzessionsfläche ist in der Realität größer als im FNP dargestellt und wird von der Sportplatzfläche teilweise überlagert. Bürgermeister Straßmair sprach auf der Bürgerversammlung von einer „sehr

schützenswerten Fläche“, für die langfristige Sicherung der Flächen wird aber erkennbar nichts getan. Dabei böte sich eine Anlagerung der erforderlichen Ausgleichsfläche an die bisherige Sukzessionsfläche geradezu an.

- **Will man sich wirklich – wie im Änderungsentwurf dargestellt –**

**Lärmschutzmaßnahmen, etwa hohe Lärmschutzwände, vorstellen, die das gesamte Schul- und Wohngelände umgeben und abschotten?**

- **Warum schiebt man die Fragen zum Verkehr weg?** Wie werden sich bis zu 1000 Schüler\*innen täglich sicher zum und vom Schulcampus bewegen? Wann wird der Bahnhof-Umbau fertig? Wie viele neue Mitbürgerinnen werden in dem neuen Quartier wohnen und zum täglichen Ziel- und Quellverkehr beitragen? Mit welchem Mehrverkehr muss das Dorf rechnen? Wieviel zusätzlicher Verkehr kommt auf Riemerling zu? Fragen zum Verkehr auf der Hohenbrunner Straße wurden in der Bürgerversammlung mit ratlosem Schulterzucken quittiert: wer Lösungsvorschläge habe, möge sich melden.

- Und auch: **Mit welchen finanziellen Belastungen rechnet die Gemeinde insgesamt für das Vorhaben Schul- und Wohnungsbau westlich der Bahn?** Das Schulgrundstück muss – so viel steht fest – die Gemeinde stellen. Wer bezahlt die Kosten für Planung, Gutachten und Rechtsberatung, den Umbau des S-Bahnhofs, den notwendigen Um- oder Neubau der Brücke, die von der S-Bahn zum Schulgelände und Wohngebiet führt, den Ausbau von Kita- und Grundschulkapazitäten, den notwendigen Straßenum- bzw. Neubau?

Mit besten Grüßen

Ulrich Fechner

für die Initiative *Nachhaltige Ortsentwicklung Hohenbrunn*